

zum 70. Geburtstag des Staates Israel:

**"Grundlage für Frieden ist, die Realität anzuerkennen." (Benjamin Netanjahu)
oder: Wer Jerusalem für sich allein beansprucht, wird Jerusalem nicht gerecht**

Papst Franziskus rief [...] die Nationen dazu auf, sich dafür einzusetzen, „den Status der Stadt zu schützen, wie es die entsprechenden Resolutionen der UNO vorsehen“. Die laut Völkerrecht geteilte Stadt wird von den Israelis und den Palästinensern gleichermaßen als Hauptstadt beansprucht. „Jerusalem ist eine einzigartige Stadt, heilig für Juden, Christen und Muslime“, erinnerte der Papst, „und sie hat eine besondere Berufung zum Frieden“. Er bete dafür, dass diese Identität „zum Wohl des Heiligen Landes, des Nahen Ostens und der ganzen Welt bewahrt und bestärkt werde“. Es brauche jetzt „Weisheit und Vorsicht, damit keine neuen Elemente der Spannung in einem Weltpanorama entstehen, das jetzt schon gezeichnet ist von so vielen und grausamen Konflikten.“ (Radio Vatikan, 6.12.2017)

Als vor 70 Jahren – am 14. Mai 1948 – der Staat Israel Wirklichkeit wurde, geschah dies auf Grundlage der UN-Resolution 181 vom 29.11.1947 zur Teilung Palästinas. Neben einem jüdischen und einem arabischen Staat war darin ein sog. *Corpus separatum*, ein Territorium unter internationaler Verwaltung vorgesehen, das die Städte Jerusalem und Betlehem mit ein wenig Umland umfassen sollte. Vorausgegangen war 30 Jahre zuvor die sog. Balfour-Erklärung, in der der britische Außenminister die Schaffung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ („the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people“) begrüßte, mit der ausdrücklichen „Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.“

Auf jüdischer Seite reichten die Meinungen von aufrichtiger Akzeptanz des UNO-Teilungsplans und einhelliger Freude über die Verwirklichung des Traums vom Judenstaat, in welchen Grenzen auch immer, bis zum fortgesetzten Anspruch auf das ganze Mandatsgebiet von Palästina in den Grenzen von 1920-23, das auch noch das neu gegründete Königreich Jordanien mit umfasst hatte. Auf arabischer Seite herrschte entschiedene Ablehnung und die vermeintliche Gewissheit, dass mit einem kurzen Krieg das „zionistische Gebilde“ auszulöschen wäre. Das Ergebnis war bekanntlich die Teilung Palästinas in drei Teile: den Staat Israel, einen von Jordanien besetzten Teil (das sog. Westjordanland) und einen von Ägypten besetzten Teil (den Gazastreifen). Jerusalem wurde für 19 Jahre mitten hindurch geteilt, an der Altstadtmauer entlang. Die Umsetzung des *Corpus separatum* wurde von keiner der Seiten verfolgt. Israel schuf im Westteil Jerusalems seine Hauptstadt. Im Zuge der Nakba blieben dort nur wenige arabische Bewohner zurück. Jordanien vertrieb die jüdische Bevölkerung aus der Altstadt, Synagogen wurden zerstört, der Zugang zur Klagemauer blieb Juden verwehrt.

Mit dem Sechstagekrieg von 1967 wurde mit dem Westjordanland auch der Ostteil Jerusalems israelisch besetzt. Die Stadtgrenzen wurden so gezogen, dass nach Westen

hin immer mehr jüdische Vororte eingeschlossen wurden, nach Osten hin arabische Vororte ausgeschlossen blieben. Dort, an der östlichen Stadtgrenze, die sich de facto mitten durch arabische Wohnviertel zieht, wurde inzwischen eine monströse Sperrmauer errichtet. Zunehmend wird Palästinensern, die in Jerusalem geboren wurden und angestammten Familien angehören, ihr „Wohnrecht“ entzogen – während jüdische Neueinwanderer in den großen Trabantenstädten im besetzten Ostteil Vergünstigungen genießen, selbst wenn sie Jerusalem noch nie zuvor betreten hatten.

Seit den sieben Jahren, die ich in den 1980ern und 90ern in Jerusalem lebte, wurde die Stadt verändert. Vor dem Zugang zu meinem damaligen Zimmer, das auf dem Dach eines Hauses am Rand des Armenischen Viertels der Altstadt erbaut ist, mit Blick auf den Ölberg, wurde von jüdischen Nachbarn ein hoher, eiserner Stangenzaun samt Stacheldraht aufgezogen. Die armenischen Bewohner, die nicht informiert worden waren, sahen sich bewaffneten Grenzpolizisten gegenüber, als sie die bloße Frage stellen wollten, was denn vor sich gehe. Dieses persönliche Beispiel ist nur eines von unzähligen kleinen Details, über die keine Zeitung und keine Nachrichtensendung berichten. Jeder, der Jerusalem wirklich kennt, kann davon erzählen. Worüber auch weite Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung der Stadt klagen, ist eine massive Expansion des als religiös radikal empfundenen orthodoxen Sektors, der liberale, weltlich und westlich eingestellte Israelis zunehmend in die Defensive und zur Abwanderung aus der Stadt drängt. In den israelischen Regierungen hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine erschreckende politische Radikalisierung stattgefunden. Strömungen, die vor 30 Jahren von einem breiten Konsens der israelischen Gesellschaft mit gutem Grund als rechtsextrem eingestuft und entsprechend ausgegrenzt wurden, werden inzwischen von der Regierung politisch unterstützt, finanziell gefördert und sind selbst an Regierungen beteiligt. Parteien, die früher mit dem bürgerlich-konservativen Spektrum in Europa vergleichbar waren und längst in Israel tonangebend wurden, stehen dem Politikstil und den inhaltlichen Positionen nach für das, was in Deutschland als populistisch und extremistisch, rassistisch und gefährlich gebrandmarkt werden würde.

Der Chef der jetzigen und mehrerer vorangegangener Regierungen Israels seit der Ermordung von Jitzchak Rabin, Benjamin Netanjahu, unterstützte Donald Trumps Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels mit den Worten: „Grundlage für Frieden ist, die Realität anzuerkennen. (...) Jerusalem ist die Hauptstadt Israels und niemand kann das verneinen.“ Er hat damit vollkommen Recht. Zur Realität gehört der israelische Anspruch, die eigene Hauptstadt selbst zu bestimmen. Zur Realität gehören aber ebenso die Ansprüche der anderen Seite. Zur Realität gehört auch, dass ein Teil der Bevölkerung Jerusalems Israel als Besatzungsmacht erlebt. Zur Realität gehört deren seit Jahrzehnten untragbare Diskriminierung, Entrechtung und Vertreibung. Zur Realität gehört, dass Israel seine politischen Vorstellungen ohne jede Rücksicht auf internationales Recht durchsetzt und Kritik daran gerne als „antisemitisch“ motiviert stigmatisieren lässt – während jedes Bemühen der Palästinenser, die eigene Realität zur Sprache zu bringen, delegitimiert wird, und zwar gerade auch dann, wenn dafür ausdrücklich gewaltfreie Wege beschritten werden sollen. Alle diese Realitäten gleichermaßen anzuerkennen, ist die Verpflichtung der deutschen und europäischen Politik. Denn, wie Benjamin Netanjahu richtig betont, wäre das die Grundlage für Frieden.

Wenn ich regelmäßig in meine geistige Heimatstadt Jerusalem zurückkehre, dann erlebe ich dort – trotz allem – immer noch eine Stadt von geradezu überirdischer Schönheit. Immer noch ist die Vielfalt dieser Stadt so ausgeprägt, dass sie den Ort auf unvergleichliche Weise auszeichnet – auch wenn die Formen des Miteinanders weniger ins Auge springen, als die des Gegen- und vor allem die des Nebeneinanders. Immer noch ist Jerusalem ein Ort, der wie kein anderer auf der Welt einen Platz hat in den Herzen von mehreren Milliarden Menschen rund um den Globus, und das infrage zu stellen wird Politik niemals in der Lage sein. Es kann daher nur eine gemeinsame oder eine internationale Verwaltung Jerusalems dieser Stadt und allen, die sie lieben, gerecht werden. Vielleicht so, wie es schon vor 80 Jahren von den Vereinten Nationen vorgegeben wurde. Auch das ist eine ganz simple Realität, die anzuerkennen Grundlage für den Frieden bleibt.

(aus: [ABRAHAMS POST 32/2018](#))

www.stefan-jakob-wimmer.de